

**Der Landrat
Fachdienst 6
Planen und Bauen
Bauaufsicht**

Herrn
Laurentius Dohm
Alte Mühle 2
D-49586 Neuenkirchen

Datum: 27. November 2015
Zimmer-Nr.:
Auskunft erteilt:
Durchwahl:
Tel. (0541) 501-
Fax: (0541) 501-
E-Mail:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

FD6-56-02492-15

02086-10-11

Baugrundstück: Neuenkirchen, Alte Mühle 2
Gemarkung: Neuenkirchen
Flur: 2
Flurstück(e): 51

Neubau eines Schweinemaststalles mit 1114 Stallplätzen
1. Nachtrag zur BImSchG-Genehmigung vom 21.07.11, Az. 11-02086-10
-Einbau einer Abluftreinigungsanlage (RIMU)

Nachtragsgenehmigung Nr. 02492/15

Sehr geehrter Herr Dohm,

auf Ihren Antrag erteile ich Ihnen gemäß § 70 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nieders. GVBl. S. 46) in der zurzeit gültigen Fassung die Genehmigung, die vorgenannte Baumaßnahme abweichend von der Baugenehmigung entsprechend den beigefügten, geprüften und mit Vermerk versehenen Bauvorlagen auszuführen. Die Bauvorlagen und die nachfolgenden Hinweise, Auflagen und Bedingungen sind Bestandteil der Genehmigung.

Diese Nachtragsgenehmigung ist Bestandteil der vorgenannten Baugenehmigung. Deren Bedingungen, Auflagen und Hinweise gelten weiterhin, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben oder geändert werden.

Diese Nachtragsgenehmigung verliert gleichzeitig mit dem Ablauf der Baugenehmigung ihre Gültigkeit. Falls die Gültigkeit der Baugenehmigung (einschließlich der Nachträge) verlängert werden soll, so muss der Antrag auf Verlängerung innerhalb der Geltungsdauer der Baugenehmigung gestellt werden.

Die mit grüner Farbe auf den Bauvorlagen eingetragenen Änderungen und Ergänzungen sowie der Prüfbericht zur statischen Berechnung - soweit vorhanden - sind bei der Bauausführung zu beachten. Die auf den Bauvorlagen eingetragenen Prüfungsbemerkungen sind Auflagen und Bedingungen im Sinne der NBauO.

Kostenbescheid

Nach der Baugebührenordnung (BauGO) vom 13.01.1998 (Nds. GVBl. S. 3), der allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) vom 05.06.1997 und dem Nds. Verwaltungskostengesetz vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der jeweils geltenden Fassung sind entsprechend dem beigefügten Berechnungsbogen Gebühren und Auslagen in Höhe von insgesamt

1.012,36 EUR

zu entrichten.

Bitte überweisen Sie diesen Betrag unter Angabe des Kassenzzeichens 6.1010.152272.8 innerhalb einer Woche auf das Konto 201 269 (IBAN: DE81 2655 0105 0000 2012 69) bei der Sparkasse Osnabrück (BLZ 265 501 05 bzw. BIC-/SWIFT-Code: NOLADE22XXX). Benutzen Sie bitte hierzu den beigefügten Zahlschein.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, einzulegen. Ein Widerspruch gegen die Kostenfestsetzung hat nach § 80 Abs. 1 Ziff. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbindet daher nicht von der Zahlungspflicht.

Der Widerspruch kann auch in elektronischer Form eingelegt werden, sofern er mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen ist. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die sich u.a. aus dem im Impressum der Landkreis-Homepage (www.landkreis-osnabrueck.de) befindlichen elektronischen (pdf-)Dokument „Grundsätze zur elektronischen Kommunikation“ ergeben. Es gelten insbesondere die in diesem Dokument enthaltenen Ausführungen zu den „formgebundenen Vorgängen“.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrage

Anlagen

Anlage zur Nachtragsgenehmigung Nr. 02492/15 vom 27.11.2015

bauaufsichtliche Auflagen

1. Nach § 52 NBauO hat die Bauherrin/der Bauherr vor Baubeginn den Namen der Bauleiterin/des Bauleiters und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen. Die Bauleiterin oder der Bauleiter muss über die für diese Aufgabe erforderliche Fachkenntnisse verfügen.

immissionsschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

1. Auf dem Betrieb dürfen nach Änderung der beantragten Maßnahmen folgende Tierplätze vorhanden sein:

Betriebseinheit Nr.	Tierart	Tierzahl
1	Mastschweine	102
2	Aufzuchtferkel	80
3	Mastschweine	168
5	Aufzuchtferkel Mastschweine	20 200
6	Aufzuchtferkel Mastschweine	120 360
7	Mastschweine	240
8	Mastschweine	1.114

2. Die Stallungen müssen entsprechend der DIN 18910 "Klima in geschlossenen Ställen" mit einer Lüftungsanlage versehen sein, die zentral über Dach entlüftet.
3. Die Betriebseinheit 8 ist mit einer DLG- zertifizierten Abluftreinigungsanlage entsprechend dem vorgelegten Konzept auszurüsten. Die Abluft ist zentral zu sammeln und der Abluftreinigungsanlage zuzuleiten.
4. Die folgenden Emissionsminderungsgrade müssen durch die Abluftreinigungsanlage an der Betriebseinheit 8 erfüllt werden:
Geruch: Das Reingas darf keine rohgasspezifischen Qualitäten aufweisen. Die Geruchsstoffkonzentration des Reingases darf maximal 300 GE je m³ Luft betragen.
Gesamtstaub: ≥ 70 %
Ammoniak: ≥ 70 %
5. Eine Abnahmemessung für die Abluftreinigungsanlage in der Betriebseinheit 8 durch eine Messstelle nach § 29 b BImSchG hat bis 01. Juni 2016 bei voller Belastung zu erfolgen. Eine Wiederholungsmessung ist alle 3 Jahre notwendig. Eine Wiederholungsmessung ist auch notwendig, wenn zu befürchten ist, dass durch die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Von einer Wiederholungsmessung kann abgesehen werden, wenn ein jährlicher Check – up durch eine zugelassene Messstelle vorgelegt wird. Das Ergebnis ist der Genehmigungsbehörde vorzulegen.

6. Sofern die festgelegten Wirkungsgrade der Abluftreinigungsanlagen nicht erreicht werden, behält sich der Landkreis Osnabrück gemäß § 12 Abs.2a BImSchG vor, diesen Bescheid nachträglich um weitere Auflagen zur Begrenzung von Emissionen zu ergänzen (Auflagenvorbehalt).
7. Es ist sicherzustellen, dass beim Betrieb der Anlage keine diffusen Abluftquellen z.B. offene Fenster oder Türen entstehen. Außerhalb der Entnahmezeiten müssen Gülleentnahmeschächte geschlossen bleiben.
8. Für die Abluftreinigungsanlage ist ein **Pflege- und Wartungskonzept** aufzustellen und der Genehmigungsbehörde innerhalb von 3 Monaten nach Zustellung des Genehmigungsbescheides vorzulegen. In diesem Konzept ist darzulegen, welche regelmäßigen Pflege- und Wartungsarbeiten durchgeführt werden, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu dokumentieren. Es sind u.a. Angaben zu folgenden Punkten aufzunehmen:
 - regelmäßige visuelle Kontrolle (mindestens wöchentlich)
 - gleichmäßige Durchströmung der Anlage (regelmäßige Messung mit Probenahmehaube und Anemometer (jährlich)
 - Druckdifferenzüberwachung (kontinuierlich)
 - pH-Wert-Messungen im Rücklaufwasser (mindestens vierteljährlich)
 - Maßnahmen bei Störungen
 - Angaben zu Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten
 - Führung eines Betriebstagebuches
9. Die Abluftreinigungsanlage ist mit einem sog. "elektronischen Tagebuch" auszustatten. Die in dem Pflege- und Wartungskonzept aufgeführten Maßnahmen sind durch den Anlagenbetreiber als Eigenkontrollmaßnahmen durchzuführen. Die Durchführung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Die Protokolle sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren und der Genehmigungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.
10. Der vorgelegte **Wartungsvertrag** mit der Herstellerfirma ist Bestandteil der Genehmigung. Die Anlage ist mindestens zweimal jährlich zu warten. Das Ergebnis der Wartung ist zu protokollieren und der Genehmigungsbehörde unaufgefordert vorzulegen. Der ordnungsgemäße Zustand der Abluftreinigungsanlage ist im Ergebnis der Wartung zu bescheinigen.
11. Bereits erteilte immissionsschutzrechtliche Auflagen aus vorangegangenen Genehmigungen behalten (**außer sie werden geändert, ergänzt, aufgehoben oder ersetzt**) ihre Gültigkeit.
12. Ich behalte mir ausdrücklich vor, nachträglich Auflagen bzw. Änderungen und Ergänzungen zu fordern (Auflagenvorbehalt).

düngerechtliche Auflagen und Hinweise

1. Für eine bedarfsgerechte Verwertung der anfallenden Wirtschaftsdünger ist unter den hier zugrundeliegenden Daten und getroffenen Annahmen eine Fläche von mindestens **67,2 ha** erforderlich. Restriktionsflächen sind hierbei nicht enthalten.
2. In der Schweinemast der Laurentius & Maria Dohm GbR darf ausschließlich stickstoff- und phosphorreduziertes RAM-II-Futter eingesetzt werden.

Es gilt die Verpflichtungserklärung zum Einsatz von RAM-Futter. Die Belege für das bezogene RAM-Futter, aus denen Futtermittelhersteller und -deklaration hervorgehen müssen, sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren. Sie sind dem Landkreis Osnabrück oder einem von diesem beauftragten Dritten neben weiteren Unterlagen, aus denen Art und Umfang des Einkaufs von Futtermitteln bzw. Ergänzungsmitteln sowie Zu- und Verkauf von Tieren hervorgeht, sowie ggf. Buchführungsunterlagen auf Verlangen zu Prüfungszwecken vorzulegen.

Die Kosten der Kontrollmaßnahmen, die stichprobenartig oder aus besonderen Gründen – in der Regel alle drei Jahre – erfolgen werden, sind von Ihnen zu tragen.

3. In der Schweinemast des Betriebes Laurentius Dohm darf ausschließlich stickstoff- und phosphorreduziertes RAM-II-Futter (Hofmischung) eingesetzt werden.

Es gilt die Verpflichtungserklärung zum Einsatz von RAM-Futter. Die Belege für das bezogene RAM-Futter, aus denen Futtermittelhersteller und -deklaration hervorgehen müssen, sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren. Sie sind dem Landkreis Osnabrück oder einem von diesem beauftragten Dritten neben weiteren Unterlagen, aus denen Art und Umfang des Einkaufs von Futtermitteln bzw. Ergänzungsmitteln sowie Zu- und Verkauf von Tieren hervorgeht, sowie ggf. Buchführungsunterlagen auf Verlangen zu Prüfungszwecken vorzulegen.

Die Kosten der Kontrollmaßnahmen, die stichprobenartig oder aus besonderen Gründen – in der Regel alle drei Jahre – erfolgen werden, sind von Ihnen zu tragen.

4. Eine Unterfußdüngung der Maisflächen mit mineralischen Düngemitteln darf erfolgen.
5. Ab Inbetriebnahme der beantragten Baumaßnahmen besteht eine Abgabeverpflichtung von **1.337 m³ Gülle** und **365 m³ Abschlammwasser** mit einer Nährstofffracht von **9.589 kg N** und **5.124 kg P₂O₅ m³**
6. Für eine umweltgerechte Lagerung der anfallenden Gülle/Gärrestmengen ist unter dem im Verwertungskonzept berücksichtigten Flächenumfang von **67,2 ha** ein Lagerraum von **2.817 m³** bzw. von **9 Monaten** erforderlich.
7. Bei der Aufbringung der anfallenden Wirtschaftsdünger/Gärreste sind die Vorgaben der geltenden Düngeverordnung in der Fassung vom 27.02.2007 zu beachten. Änderungen düngerechtlicher Vorschriften, die Einfluss auf die Berechnung des vorgelegten Verwertungskonzeptes haben, können eine Anpassung des Verwertungskonzeptes erfordern. Gegebenenfalls ist ein neues Verwertungskonzept vorzulegen.
8. Bei der Abgabe und Beförderung des Wirtschaftsdüngers als organisches Düngemittel sind düngerechtliche Vorschriften zu beachten. Dazu gehören eine ordnungsgemäße
- Deklaration des Düngemittels beim Inverkehrbringen gem. Düngemittelverordnung (DüMV) vom 16. Dezember 2008
 - Aufzeichnung der verbrachten Mengen gem. § 3 der Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdüngern vom 21. Juli 2010
 - Meldung der aufgezeichneten Mengen gem. § 1 der Niedersächsischen Verordnung über Meldepflichten in Bezug auf Wirtschaftsdüngern vom 1. Juni 2012.
9. Die Wirtschaftsdüngerabgabe fällt ab dem Zeitpunkt des Inverkehrbringens aufgrund ihrer Menge (mehr als 200 t) in den Geltungsbereich der **Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdüngern** vom 21.07.2010 sowie der Niedersächsischen Verordnung über Meldepflichten in Bezug auf Wirtschaftsdünger vom 01.06.2012. Der Betreiber ist verpflichtet, sich gemäß § 5 der Verordnung spätestens einen Monat vor dem erstmaligen Inverkehrbringen von Wirtschaftsdünger der Landwirtschaftskammer als zuständige Behörde mitzuteilen.

10. Der Antragsteller/Betreiber hat erhebliche Änderungen hinsichtlich der Antragsangaben zum Verwertungskonzept der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Von einer erheblichen Änderung ist auszugehen,
- wenn sich die tatsächlich verfügbare gegenüber der im Verwertungskonzept nachgewiesenen verfügbaren Fläche um mehr als 10 % verringert hat,
 - bei einer nachträglichen Beschränkung in der Nutzbarkeit der angegebenen Verwertungsflächen für Wirtschaftsdünger,
 - wenn eine andere vertragliche Vereinbarung für die zukünftige Aufnahme von Wirtschaftsdünger oder Gärresten eingegangen wird,
 - wenn sich der Verwertungsweg bei der Abgabe von Wirtschaftsdünger oder Gärresten geändert hat (Wechsel des Vertragspartners),
 - wenn sich das Produktionsverfahren ändert und dieses zu einem höheren Nährstoffanfall von mehr als 10 % des ursprünglich genehmigten Wertes für Stickstoff oder Phosphat führt,
 - wenn Vorgaben, zu denen eine Verpflichtungserklärung gegenüber der Genehmigungsbehörde abgegeben wurde (Einsatz von RAM-Futter, Verzicht auf mineralische Unterfußdüngung), nicht mehr in vollem Umfang eingehalten werden.
11. Wechselt der Tierhalter oder der Anlagenbetreiber, hat der neue Tierhalter oder Anlagenbetreiber dies der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
12. Mindestens drei Monate vor dem vertragsgemäßen Auslaufen bzw. spätestens drei Monate nach Kündigung von vorgelegten Abgabeverträgen ist der Bauaufsichtsbehörde ein entsprechend neuer Vertrag vorzulegen. Sofern der neue Vertrag hinsichtlich Verwertungsweg und -menge nicht dem vorherigen Vertrag entspricht, ist binnen einer Frist von drei Monaten ein neues Verwertungskonzept vorzulegen.